

stützung, die im Princip als eine Verpflichtung des Staates anerkannt ist, den Gemeinden gegenwärtig entziehen will. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Wenn wir auf die geschichtliche Entwicklung zurückblicken — der Herr Minister nannte namentlich die später gewährten Dotationen, also für die Erhöhung der Lehrergehalte und zum Zwecke der Abminderung des Schulgeldes, als eine mit Hilfe der erhöhten Zölle beim Reiche eingeführte Maßregel —, so meine ich und ich glaube mich recht zu entsinnen, daß gerade bei Einführung der Zölle — die wir nur gut heißen können, indem sie zur Erhöhung und zur Erhaltung der Arbeit unseres Volkes gedient haben und dienen sollten — von dem Reichskanzler betont und vom Reichstage anerkannt worden ist, daß es Verpflichtung sei, hiervon Beträge an die Einzelstaaten abzuführen zu dem bestimmten Zwecke der Erleichterung der Gemeinden in ihren Verpflichtungen zuzuwenden, und die Folge damals war, daß der Vorgänger des Herrn Staatsministers von Thümmel, Excellenz von Könneritz, den Vorschlag der Dotation gemacht hatte. Es wurde dabei als besonders geeignet erklärt und es hat sich dies auch als eine weise Maßregel erwiesen, diese Beträge den Schulgemeinden zuzuweisen und zwar, da man die präcipuale Belastung des Grundbesitzes doch immerhin als unhaltbar im Ganzen wenigstens anerkennen mußte, da man wohl zugestehen mußte, daß nach unserer gegenwärtigen Verkehrsentwicklung es nicht möglich ist, besondere Belastungen durch Zuschläge auf den Preis der Waare auszugleichen, hat man gerade von der Grundsteuer einen Theil an die Schulgemeinden überwiesen. Nun, meine Herren, jetzt will der Staat dies entziehen, er will das einst Gegebene wieder nehmen und begründet das damit, daß die Zuflüsse vom Reiche geringer würden. Meine Herren! Für die Anschauungen der Bevölkerung wird dies nicht recht stichhaltig sein in einer Zeit, wo wir vor der Thür zur Einführung neuer indirecter Steuern stehen; da wird es nicht verstanden werden, wenn man in so einer Zeit gerade dahinkommt, auch eine weitere Belastung des Volkes in den Gemeinden herbeizuführen. Es wird aber ebenso auch hart für den Grundbesitz sein, wenn gerade aus seinem Felle die Riemen geschnitten werden sollen, wenn die Grundsteuer wieder zu vermehrter Bedeckung des Staatsbedarfs herangezogen wird, und ich fürchte, daß die Kämpfe, welche Vielen in dieser Kammer erinnerlich sind gegen die in der That drückende Mehrbelastung des Grundbesitzes, von Neuem ausbrechen werden, wenn man hiermit Zustände zurückbringt, die durch die Dotation gemildert

waren und das Unrecht der Präcipualbelastung in schärferen Maße wieder hervortreten läßt.

(Sehr richtig!)

Meine Herren! Aus dieser Anschauung heraus haben wir den großen Wunsch, daß die Dotationen solange aufrecht erhalten bleiben, bis eine Reform unserer Steuern eintritt, und wir meinen, daß diese ganz unbedingt nothwendig ist und spätestens mit dem nächsten Landtage eintreten möchte. Meine Herren! Wenn auch die Lage sich bessern wird, wenn auch die Erträge der Staatseisenbahnen schon gebesserte sind, so ist doch auch unser Budget einmal durch die nicht unwesentliche Besserstellung unserer Staatsdiener seit dem vorigen Landtag, die ich gar nicht bedauere, durch die Befreiung derselben von der Verpflichtung der Zahlung von Pensionsbeiträgen dauernd höher belastet. Ferner ist es geboten, daß die kaum eingeführte Tilgung der 1886er Anleihe, die, wie nach den Verhältnissen gegenwärtig gerechtfertigt ist, jetzt eingestellt werden soll, recht bald wieder aufgenommen wird; es ist ferner auch erforderlich, daß Bauten, die nicht werbende und nicht die Cultur hebende sind, in Zukunft wieder auf das ordentliche Budget übernommen werden. Ich weise darauf hin, daß der Betrag für die Aenderung der Dresdner Bahnhofsanlagen, der wohl auf 50 Millionen Mark kommen wird, wesentliche Mehrerträge sicherlich auch nicht zur Folge haben wird; es sind das Herrichtungen, die erfüllt werden müssen wegen bereits eingetretener Entwicklung, deren Erfolg in Bezug auf die Einnahmen des Staates im Budget schon zur Ziffer gekommen ist. Es sind also auch Ausgaben, von welchen es sehr zweifelhaft ist, ob sie als wirklich werbende und somit in das außerordentliche Budget gehörende anzusehen sind. Ich meine daher, daß es wohl nothwendig ist, sich zu wappnen, damit bei einem späteren Mehrbedarf wir ohne Härten oder Verschärfung bestehender Härten zu einer Erhöhung unseres Steuerertrages kommen können. Meine Herren! Es läßt sich nicht leugnen, wir werden daran herantreten müssen, und wir können auch in Sachsen nicht klagen, daß unsere Staatssteuern zu hoch wären; in Summa könnten wir wohl noch mehr Erträge aus den Steuern ziehen für das Wohl des Staates und im Interesse der Allgemeinheit, für die er trefflich zu sorgen bemüht ist. Aber, meine Herren, wir wollen das nicht durch Zuschläge zu den bestehenden Steuern, sondern wir meinen, es ist aus den Gesichtspunkten, die ich schon anzuführen mir erlaubte, und die vor allen auch der Herr Minister angeführt hat, nothwendig, die Steuer zu reformiren.

(Sehr richtig!)